

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

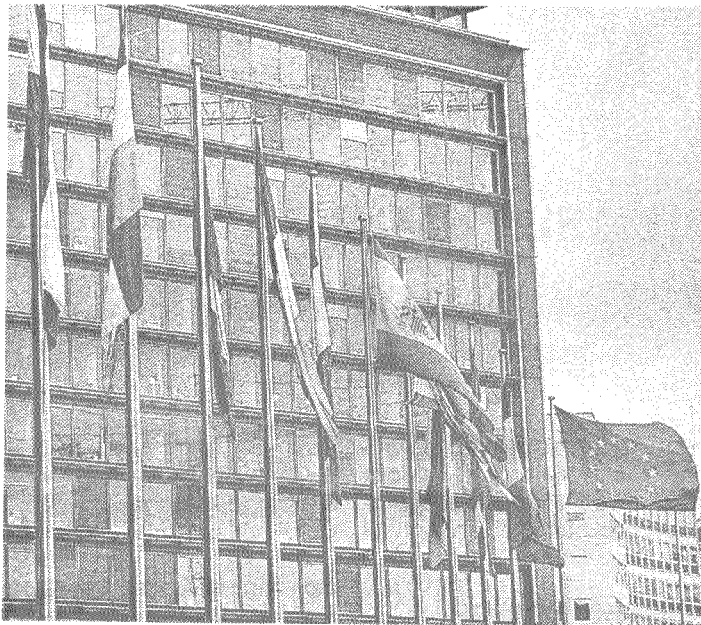
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

EWR: Rudern auf immer rauherer See

FDP-Generalsekretär
Christian Kauter

In Brüssel kämpfen Europas Kleine um politische und wirtschaftliche Beteiligung am Aufbau Europas. Ab 1993 werden sich die EG-Staaten zu einem einzigen Riesen zusammenschliessen. Unser Land kann in einem EWR nicht mitmachen, wenn unsere fortschrittliche Verkehrs- und Umweltpolitik aufgegeben werden müsste. Und wir sind nur bereit, gewisse Einbussen bei den Volksrechten in Kauf zu nehmen, wenn wir mitreden können bei der Erstellung neuer Regeln. Denn wir können nicht akzeptieren, dass man uns vorgefasste EG-Beschlüsse als vollendete Tatsachen aufzwingt.

Möglich, dass die Verhandlungen um den EWR noch zu einem guten Abschluss kommen. Allerdings haben Schweden, Norwegen, Finnland und Österreich signalisiert, dass sie eigentlich lieber einen EG-Beitritt möchten. Das stellt die Schweiz vor die Frage, ob sie



Herausforderung Europa: Wie wird sie die Schweiz bestehen?

(Photo Keystone)

Die Konstruktion des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) gleicht einem Ruderkampf im aufkommenden Sturm: Schweden, Finnen, Norweger und Österreicher haben im Verhandlungsrennen ihren Druck und ihre Schlagzahl reduziert; die Schweizer Sozialdemokraten haben sogar die Ruder sinken lassen. Was ist geschehen?

in einem Europäischen Wirtschaftsraum mitmachen will, dem nur noch Island und Liechtenstein angehören.

Der Vorstand der SP Schweiz spricht sich für einen EG-Beitritt aus. Gleichzeitig fordert er aber in heiklen Bereichen wie Umwelt, Verkehr, Ausländerfragen und Landwirtschaft Ausnahmeregelungen. Die Haltung der SPS ist nicht besonders glaubwürdig. Sonderregelungen für die genannten Bereiche bilden schon heute Gegenstand der EWR-Verhandlungen und werden bekanntlich von der EG zurückgewiesen. Glaubt die SPS wirklich, dass es für die Schweiz einfacher sein wird, in Beitrittsverhandlungen Sonderregelungen zu erreichen?

Die Herausforderung Europa besteht. Langfristig können wir es uns nicht leisten, den Anschluss an Europa zu verpassen. □

Aus erster Hand



Eine Schweizer FDP-Delegation, darunter Nationalrat Ernst Cicerera (ZH), Ständerat René Rhinow (BL), Nationalrat Adriano Cavadini (TI, Initiant und Delegationsleiter der FDP-Reise) sowie die Mitglieder des FDP-Wirtschaftsausschusses, Bernhard Hediger und Georg Dobvolny (von rechts), liessen sich in Brüssel aus erster Hand über Stand und Aussichten der EG/EFTA-Verhandlungen orientieren und diskutierten über die künftige Rolle der Schweiz in Europa. Reiseteilnehmer schildern ihre Eindrücke auf den Seiten 5 bis 9. (Photo Franz Stämpfli)

Inhalt

- Gefragt sei mehr Herzblut statt Rückzug aufs rein Rationale, meint FDP-Nationalrat Peter Spälti (ZH) im Forum auf Seite **10**
- Was noch nirgends zu lesen war: Auch in diesem «Freisinn» hat es «Mutzli» für Sie notiert **18**
- Quiz **18**

Fridolin Schiesser, 36 Jahre jung, freisinniger Ständerat

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf die Lern- und Einsichtsfähigkeit der Jugend.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die globale Bedrohung unserer Lebensgrundlagen und die mangelnde Einsichtsfähigkeit des heutigen Menschen.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Wichtigste: die Schrift. Entbehrlichste: viele heutige Luxusgegenstände.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Vielfältigkeit der Landschaft und der Kulturen. Die zahlreichen Möglichkeiten, seine Ideen und Gedanken freikundtun zu können.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Eine oft anzutreffende Engstirnigkeit, fehlende Weltoffenheit, Abgeschlossenheit gegen Fremdes und Unbekanntes.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären:

Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke
grüne Werke

«Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Nur sofern man davon ausgeht, Mehrheiten seien stets homogene Blöcke. Es zeigt sich aber, dass auch in Mehrheiten neue Ideen entwickelt werden können.

Warum sind Sie bei der FDP?

Mein Beitritt ergab sich aus der Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe im Zusammenhang mit der Totalrevision unserer Kantonsverfassung. Als Nichtparteimitglied habe ich dort gesehen, dass in der FDP ein breites Spektrum vorhanden ist.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Dem Volk der ehemaligen DDR.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Offenheit, Ehrlichkeit und das Eingeständnis, auch Fehler zu begehen.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

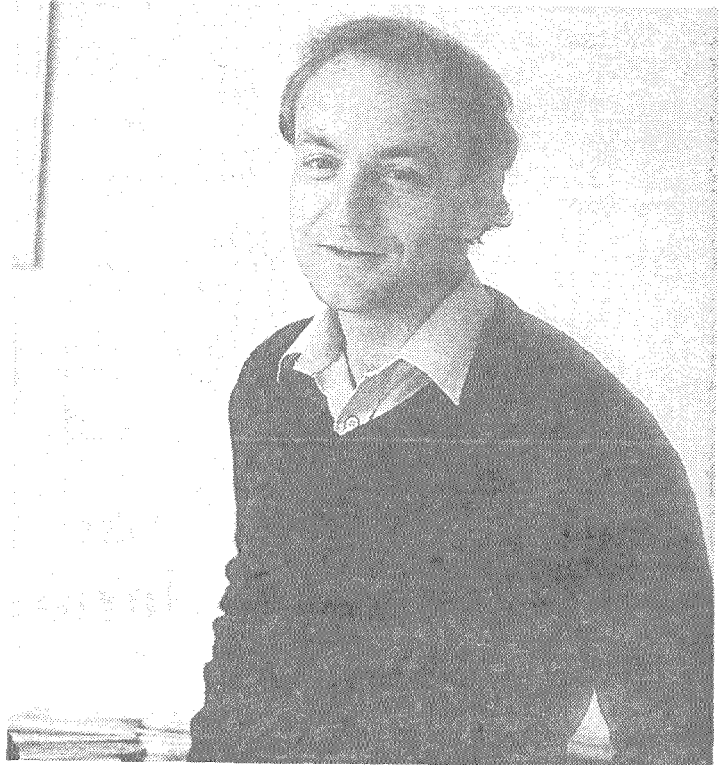
Emanzipation ja, Verlust der Weiblichkeit nein.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Schwäche: Ich kann nicht Nein sagen. Stärke: Wenn ich von einer Idee überzeugt bin, lasse ich nicht so schnell locker.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

«La grande peur dans la montagne» von C. F. Ramuz.



Mit seinen 36 Jahren, vor allem aber mit seiner Weltoffenheit will der Glarner Ständerat Fridolin Schiesser so gar nicht dem Bild des älteren und oft konservativen «Stöckli»-Parlamentariers entsprechen.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Einmal pro Woche Fitnesstraining, daneben etwas joggen, Skifahren.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Archäologie studieren.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Professor Hans Küng. Er lässt sich nicht von Autoritäten, sondern von seiner Überzeugung leiten. Er erkennt die Zeichen der Zeit. □

Kurzbiographie

Fridolin Schiesser

Zur Person: Aufgewachsen mit drei Geschwistern in einer Bergbauern-/Arbeiterfamilie; ledig, aber nicht ganz los.

Alter: 36.

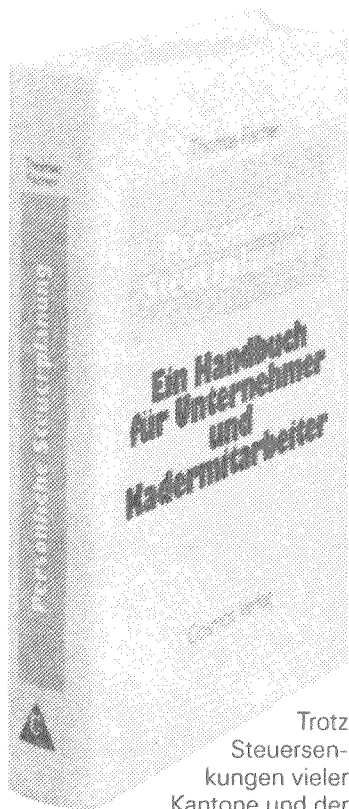
Berufliche Stationen: Studium an der Uni Zürich, Assistent für Zivilrecht, Rechtskonsulent des Regierungsrates des Kantons Glarus, Rechtsanwaltpatent/Urkundsperson des Kantons Glarus, seit vier Jahren Rechtskonsulent/Direktions-

assistent der Glarner Kantonalbank.

Politischer Werdegang: 1985 Landrat der Wahlgemeinde Haslen, 1986 Schulpräsident von Haslen, 1987 Wahl ins Kriminalgericht des Kantons Glarus (Rücktritt Landsgemeinde 1990), seit März 1990 Ständerat, Präsident der FDP-Sektion Grosse-tal.

Liebste Tätigkeit: Im Freundeskreis zusammensitzen, diskutieren, einen guten Tropfen trinken. □

Kompass im Steuerdschungel



Trotz Steuersenkungen vieler Kantone und der teilweisen Beseitigung der kalten Progression durch den Bund zahlen wir Schweizer noch immer zuviel an Steuern. Daran sind nicht nur der jeweilige Finanzminister beziehungsweise die kantonalen Gesetzgeber schuld. Vielmehr bleiben zahlreiche Steuersparmöglichkeiten ungenutzt.

Der Grund liegt darin, dass sich Hunderttausende Steuerpflichtiger im Steuerdschungel immer noch nicht zurechtfinden und so freiwillig auf die zahlreichen Vorteile des geltenden Steuersystems verzichten, die ihnen Bund und Kantone freiwillig zugestehen. Zwar versucht der Fiskus in den letzten Jahren vermehrt, Steuerschlupflöcher zu stopfen, um sich zusätzliche Steuererträge zu sichern. Trotzdem bleiben noch genügend Möglichkeiten, um Steuern zu sparen.

Das Geheimnis

Dass Information der Schlüssel zur Nutzung dieser Möglichkeiten sind, zeigt auf eindrückliche Weise das völlig neuartige Werk «Persönliche Steuerplanung – ein Handbuch für Selbständigerwerbende und Kadermitarbeiter», erschienen 1990 im Cosmos-Verlag, Muri b. Bern (440 Seiten,

16 x 24 cm, Fr. 195.–). In einer leicht verständlichen Sprache und mittels zahlreicher Fallbeispiele, Checklisten, Tabellen und graphischer Darstellungen zeigt der Autor, Dr. oec. HSG Thomas Fischer, dipl. Bücherexperte, wie die persönliche Steuerbelastung von Hoch- und Doppelverdienern erheblich und dauerhaft gesenkt werden kann.

Das Geheimnis besteht dabei nicht in erster Linie darin, alle vom Gesetzgeber vorgesehenen Abzüge geltend zu machen. Wesentliche Steuersparmöglichkeiten ergeben sich auch durch Steueraufschub, d. h. die Verlagerung von Steuerleistungen in die Zukunft, ferner durch Steuervermeidung, z. B. die Umlagerung des Vermögens in solches, dessen Ertrag nicht besteuert wird usw. Entscheidend ist auch, wie der Kauf von Vermögenswerten finanziert wird, denn Schuldzinsen sind unbegrenzt abzugsfähig, während der Ertrag oder Wertzuwachs bestimmter Aktiven nicht oder reduziert besteuert wird.

Sparmöglichkeiten

Das Handbuch zeigt aber auch, wie wichtige wirtschaftliche Sachverhalte steueroptimal gestaltet werden können. Der Kreis ist dabei weit gespannt: Steuersparende Umschichtung von Wertschriftenportefeuilles, Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung bei Familienaktiengesellschaften, steuersparender Kauf und Finanzierung von Wertschriften, Liegenschaften, Beteiligungen usw., Umstrukturierung und Umfinanzierung von Wertschriftenanlagen, Liegenschaften, Firmenbeteiligungen usw., ferner Steuern sparen mit Kapitalversicherungen und mit der Säule 3a.

Weiter werden Steuersparmöglichkeiten gezeigt bei Firmengründung, Firmenkauf und -verkauf, Wohnsitzwechsel, Berufswechsel, Anfall oder Wegfall von Einkommen, Berufsaufgabe, Wohnsparen bei der Säule 3a, Trennung und Scheidung, Geschäftsnachfolge, Regelung der Erbschaft usw. Schliesslich wird auch gezeigt, nach welchen Krite-

rien der Steuerberater ausgewählt und wie man mit ihm zusammenarbeiten sollte, ferner, wie man sich zweckmässigerweise der Steuerverwaltung gegenüber verhält.

Umfassend und praktisch

Das Handbuch ist umfassend und deckt alle steuerlich relevanten Sachverhalte ab, denen Selbständigerwerbende und Führungskräfte im Laufe ihres Erwerbslebens begegnen. Theoretische Ausführungen

werden auf ein Minimum beschränkt. Über 70 Fallbeispiele aus der Praxis, Grafiken und 42 Tabellen erleichtern die Umsetzung in die Praxis. 20 Checklisten erlauben es, einen Sachverhalt systematisch auf seine Steuersparmöglichkeiten hin zu untersuchen.

Nicht zuletzt dürften die zahlreichen aufgezeigten Steuersparmöglichkeiten durch Vermögensumstrukturierung sowie Hinweise auf zukünftige Entwicklungen auf Seiten des Gesetzgebers geeignet sein, auch Steuerberatern neue Impulse zu geben und ein ganzheitliches Denken bei der Steuerberatung zu fördern. □

Veranstaltungen

Terminkalender 1991

Januar

12. Ortsparteipräsidenten-Konferenz Interlaken
21.–25. Sondersession
25. Geschäftsleitung, Delegiertenrat
26. a.o. Delegiertenversammlung

Februar

7./8. 700-Jahr-Feier, Frauensession

März

4.–22. Session
3. Eidgenössische Volksabstimmung
14. Geschäftsleitung, Delegiertenrat

April

26. Sekretärenkonferenz CH
Geschäftsleitung, Delegiertenrat
26./27. ord. Delegiertenversammlung/
Parteitag in Freiburg

Mai

2./3. Jubiläumssitzung Bundesversammlung

Juni

3.–21. Session
2. Eidgenössische Volksabstimmung
21. Geschäftsleitung, Delegiertenrat
27./28. Sekretärenkonferenz CH
28./29. Kandidaten-Seminar I

August

23. Sekretärenkonferenz CH,
Geschäftsleitung, Delegiertenrat
24. Wahlkundgebung
30./31. Kandidaten-Seminar II

September

16. 9.–4. 10. Session
25. 9. 700-Jahr-Feier, Jugendsitzung
6./7. 9. Europatag in Sils-Maria
4.–8. 9. Kongress der Liberalen Internationale (LI)

Oktober

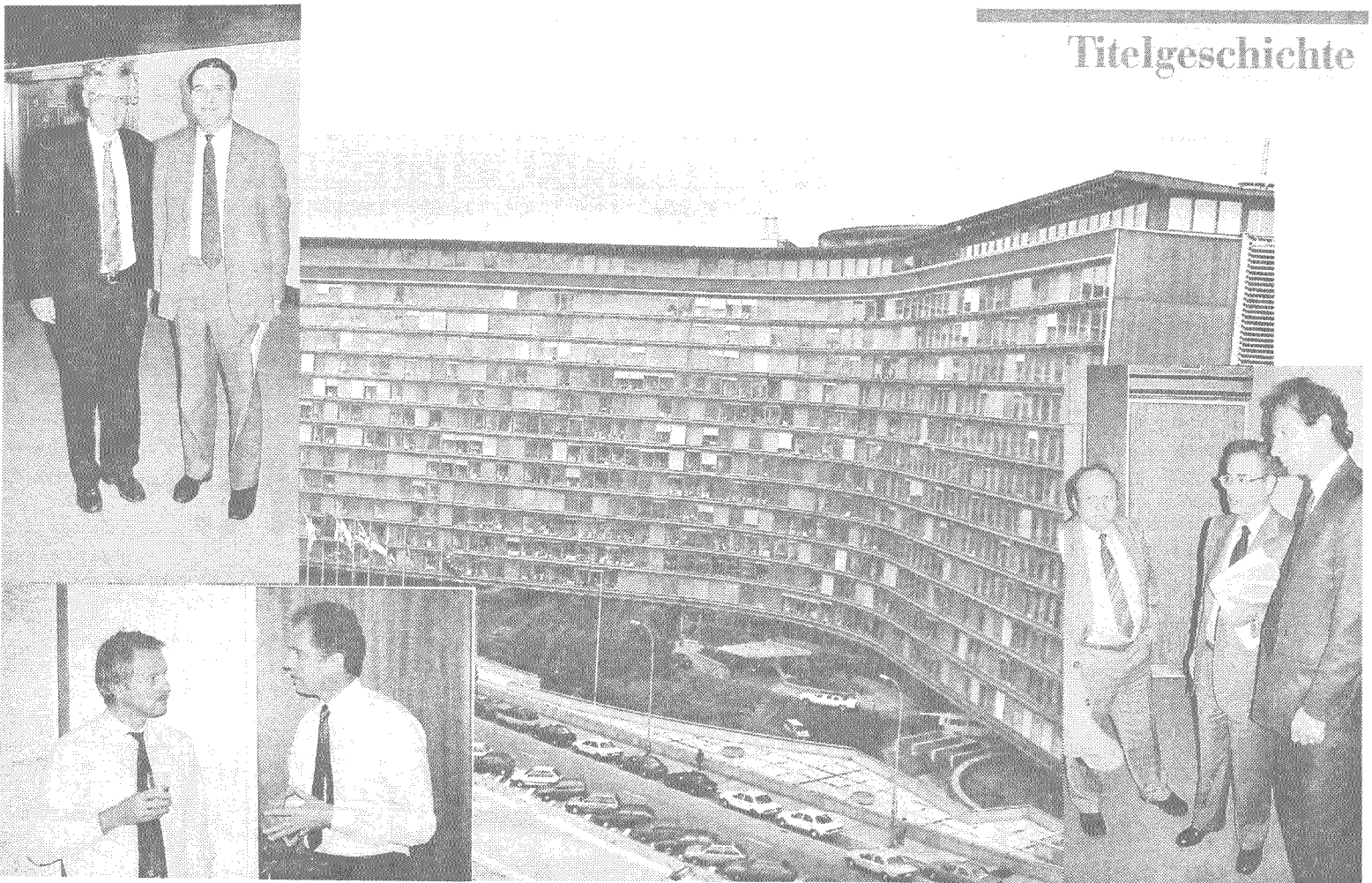
16. 9.–4. 10. Session
19./20. 10. Eidgenössische Wahlen
31. Sekretärenkonferenz CH

November

25. 11.–13. 12. Session
8. Geschäftsleitung, Delegiertenrat
9. a.o. Delegiertenversammlung

Dezember

25. 11.–13. 12. Session
8. 12. Eidgenössische Volksabstimmung



Begegnungen in Brüssel auf höchster Ebene: Ständerat René Rhinow (BL) mit Sir Leon Brittan, Vizepräsident der EG-Kommission (oben links); Nationalrat Adriano Cavadini (TI) mit dem Chef der Schweizer Vertretung in Brüssel, Botschafter Benedikt von Tscharnier (unten links); Nationalrat Ernst Cincera (ZH) und FDP-Generalsekretär Christian Kauter mit EG-Direktor M. Cohen (unten rechts).

(Photos Keystone und Franz Stämpfli)

Brüssel brachte es an den Tag

Die Kontakte mit den Vertreterinnen und Vertretern der EG-Kommission, der EG-Verwaltung und des EG-Parlamentes anlässlich einer FDP-Reise nach Brüssel waren äusserst aufschlussreich. Sie vermittelten das Bild einer EG, welche in manchen Punkten «nicht mit einer Stimme spricht», die unterwegs ist und die zurzeit Mühe hat, unter den vielen anstehenden Themen die Prioritäten und die weitere Marschrichtung klar zu bestimmen.

Ständerat René Rhinow (BL)

Die Verhandlungen mit der EFTA über den gemeinsamen EWR stehen jedenfalls nicht zuoberst auf der Traktandenliste, was mit ein Grund für den schleppenden Verlauf der gegenwärtigen Verhandlungen darstellt. Die EG ist heute in erster Linie mit der Verwirklichung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) beschäftigt. Daneben strebt sie die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die so-

nannte Politische Union an. Ferner ringt sie um die Gestaltung der künftigen Architektur Europas, indem vier weitere Staaten bereits Beitrittsgesuche gestellt haben und in den nordischen EFTA-Ländern entsprechende Bestrebungen im Gang sind. Mit Polen, der CSFR und Ungarn werden Assoziationsverträge mit politischem Gehalt vorbereitet, wobei von den osteuropäischen Staaten das Fernziel eines späteren EG-Beitritts angestrebt wird. Gleichsam «nebenbei»

Fortsetzung auf Seite 9

Programm der FDP-Delegation in Brüssel

Treffen in der schweizerischen EG-Vertretung mit Botschafter B. von Tscharnier, einigen seiner Mitarbeiter und dem Chef der Vertretung des Vororts

Thema: Funktion und Rolle der Schweizer Vertretung, Stand der Entwicklung der europäischen Integration, der Verhandlungen über den EWR sowie eine Lagebeurteilung

Treffen mit M. M. Ayrat, Abteilungschef, Generaldirektion III der EG-Kommission

Thema: Stand der Realisation eines europäischen Binnenmarktes

Treffen mit M. G. Burgardt, Direktor, Generalsekretariat der EG-Kommission

Thema: Aktuelle Prioritäten der EG, die politische Dimension der EG

Diner in der Residenz des schweizerischen Missionsschefs, Botschafter B. von Tscharnier, mit Mitgliedern des Europäischen Parlamentes

Treffen auf der Generaldirektion I der EG-Kommission mit M. H. Krenzler (Generaldirektor, Chefunterhändler der EG betreffend die Verhandlungen über einen EWR) und M. Cohen, Direktor

Thema: Beziehungen EG - EFTA, Verhandlungen über den EWR

Treffen mit Sir Leon Brittan, Vizepräsident der EG-Kommission

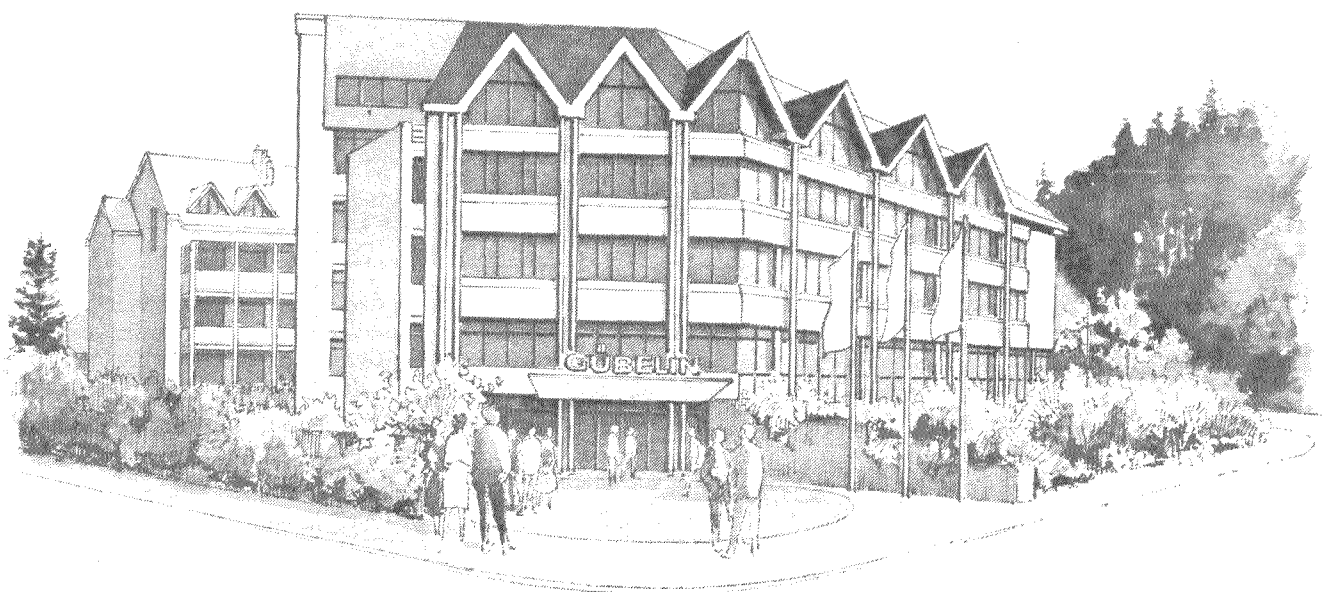
Thema: Welche «Gemeinschaft» wird angestrebt?

Treffen mit in Brüssel akkreditierten Schweizer Journalisten. □



Ihr Ferienverbesserer

Partnerschaft, die Werte schafft.



Zum Beispiel in Luzern: Das Geschäftshaus der Firma Gübelin AG für die Zentralverwaltung und die Produktion.

Als Frutiger Generalunternehmung mit selbständigen Niederlassungen in Thun, Bern und Zürich sowie Zweigniederlassungen in Luzern und St. Gallen gehören wir zur alteingesessenen, organisch gewachsenen Frutiger Unternehmens-

gruppe mit Hauptsitz in Thun. Unser Know-how und die jahrelange Erfahrung im gesamten Bau- und Immobilienbereich kann auch für Sie die ideale Lösung sein. Statt unzählige Verträge auszuhandeln, gehen Sie mit uns eine einzige

Partnerschaft ein, die auf Vertrauen, Flexibilität und Auftrags-treue beruht.

Unser umfassendes Leistungsangebot, das Qualität, Termine und Kosten garantiert, führt zu optimalen Anlagen von bleibendem Wert. Auch für Sie!

Frutiger
Generalunternehmung

Frutiger Generalunternehmung AG

Heinrichstrasse 216
8005 Zürich
Telefon 01 272 30 36

Seefeldstrasse 8
3602 Thun
Telefon 033 21 44 44

Effingerstrasse 13
3011 Bern
Telefon 031 26 11 06

Gerliswilstrasse 44
6020 Emmenbrücke
Telefon 041 55 76 76

Obere Büschenstrasse 4
9000 St. Gallen
Telefon 071 23 33 90

Mit Optimismus und Vertrauen

Die Gespräche, die wir in Brüssel führten, haben klar gezeigt, dass die EG im aktuellen Verhandlungsstadium für die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) einen einzigen Partner wünscht, nämlich die EFTA. Die Schweiz muss also innerhalb der EFTA versuchen, Unterstützung für heikle Fragen zu erhalten, welche die Schweiz betreffen.

**Nationalrat
Adriano Cavadini (TI)**

Es macht zwar den Anschein, dass die Einheit der Doktrin im innersten der EFTA schon besteht, obwohl es schwierig ist, die verschiedenen Positionen und Interessen unter den EFTA-Mitgliedern in Übereinstimmung zu bringen. So müssen sich die skandinavischen Länder zum Beispiel nicht mit Fragen beschäftigen, bei denen es um den Anteil der ausländischen Bevölkerung geht oder um den Kauf von Land in der Schweiz durch Ausländer. Gerade diese Fragen aber sind

in der Schweiz sehr brisant und komplex. Ebenso verfügen die anderen EFTA-Staaten über parlamentarische Demokratien, während wir in der Schweiz das System der direkten Demokratie kennen. Der Umstand, dass unsere Entscheidungen erst dem Volk unterbreitet werden müssen, hat bestimmt seine Vorteile. Andererseits werden dadurch internationale Annäherungen und Übereinstimmungen komplizierter.

Dennoch glaube ich an einen positiven Verlauf der aktuellen Verhandlungen, und zwar aus folgenden Gründen: Die EG hat sich bereit erklärt,

in kurzer Zeit einen Übereinkunft für die Schaffung des EWR zu finden. Somit sollen auch EFTA-Staaten von den meisten Vorteilen, die für den 1. Januar 1993 geplant sind, profitieren können.

Andererseits ist die EG vor 1993 auch nicht bereit, über Beitrittsgesuche zu diskutieren oder solche zu prüfen. Da solche Gesuche ihre Zeit brauchen, ist davon auszugehen, dass bis zu einer Erweiterung der EG mehrere Jahre verstreichen werden. In der Zwischenzeit ist die EG aufgerufen, wichtige Probleme zu lösen, insbesondere solche, welche in den politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten gründen. Während der laufenden Verhandlungen für den Europäischen Wirtschaftsraum scheint es deshalb nicht im Interesse der beitragswilligen Länder (wie beispielsweise Österreich) zu liegen, zusätzliche Schwierigkeiten zu schaffen. Eine solche

Haltung würde riskieren, dass solche Länder für einen längeren Zeitraum auf dem integrierten Markt ausgeschlossen wären, sollte es zu keiner Übereinstimmung zwischen EG und EFTA kommen.

Wir können meiner Ansicht nach mit Optimismus und Vertrauen diesem Wirtschaftsraum entgegenblicken, welcher für die Schweiz eine einmalige Möglichkeit darstellen wird. Die FDP hat das bereits Anfang Jahr an ihrem Parteitag in Glarus umfassend behandelt und die Chance erkannt.

Ein Abschluss der Verhandlungen liegt im Interesse aller. Man wird bis zum nächsten Frühjahr warten müssen, um das Resultat zu wissen. Wenn man zu einer Übereinkunft gekommen sein wird, wird eine intensive und heikle Zeit folgen, um die Schweizer Bevölkerung von der Wichtigkeit des EWR zu überzeugen. Unsere Partei wird dazu auf allen Ebenen ihren aktiven Beitrag leisten. □

Gefragt sind Realisten

Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen. Bevor es aber soweit war, spielte die nach Brüssel gereiste Delegation der FDP Schweiz die Rolle des Zuhörers und liess sich von kompetenten Persönlichkeiten in das Denken und die Arbeitsweise dieser supranationalen Organisation einführen.

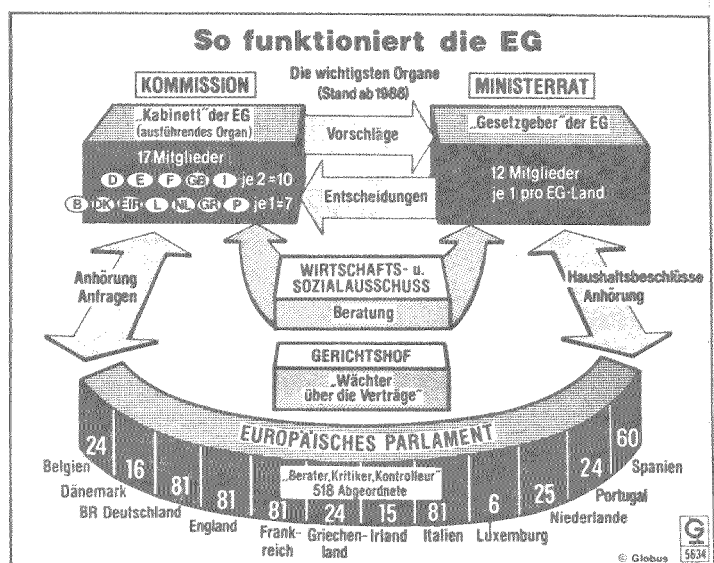
**Nationalrat
Ernst Cincera (ZH)**

Zuerst empfing uns «unser Mann in Brüssel», Botschafter Dr. Benedikt von Tscharnier. Seine Einführung in die Philosophie, die Machtstrukturen und die Arbeitsweise der EG

schufen eine ausgezeichnete Grundlage für die anschließenden Gespräche mit den Vertretern der verschiedenen Kommissionen.

Es würde den Rahmen dieses Reiseberichtes sprengen, wenn ich auf alle Gespräche mit hochrangigen EG-Vertretern eingehen würde. Die Eindrücke ergeben – kurz zusammengefasst – das folgende Bild:

• Die EG weiss trotz ihren nicht einfachen Strukturen genau, was sie will. Beeindruckend ist die straffe «unité de doctrine». Man betont zwar ausdrücklich die Gesprächsbereitschaft, sogar Geduld, die man den EFTA-Ländern entgegenbringen will, grenzt diese Begriffe aber recht rasch und deutlich ein. In der EG-Sprache heisst dies, Gesprächsbereitschaft und Geduld dienen dem Ziel zu diskutieren, bis wann die Noch-



nicht-EG-Staaten ihre politischen und rechtlichen Normen auf nationaler Ebene an die Normen der Gemeinschaft angleichen können und wollen. Ausnahmen gedenkt man nicht zu akzeptieren. Das gilt

auch für die schweizerischen Probleme wie etwa die 28-Tonnen-Limite, die Frage der Ausländerbeschränkung oder die Lex Furgler.

• Die EG kann ihre wirtschaftlichen und politischen

Ziele vorerst auch als Gemeinschaft der Zwölf erreichen. Sie drängt die anderen nicht. Wenn schon, müsste vorerst auch entschieden werden, ob das Interesse prioritär den Ländern des ehemaligen Ostblocks oder den EFTA-Staaten gelten soll.

● Für die EG steht fest, dass der EWR als ein erster Schritt zur EG verstanden werden muss. Er kann also nur unter Einhaltung des geltenden EG-Rechtes zustande kommen. Eine Mitsprache allfälliger EWR-Vertragspartner für den Fall, dass das EG-Recht geändert wird, schlossen unsere Gesprächspartner recht kategorisch aus.

Bei verschiedenen Problemen, welche besonders uns interessieren, weil sie die Neutralität und den Föderalismus tangieren, fragten die Teilnehmer in den lebendigen und offenen Diskussionen immer wieder nach präziseren Definitionen. Es liegt in der Natur der eben beschriebenen «doctrine» und am Stand der gerade aktuellen Verhandlungen, dass die Antworten zu allgemein ausfielen und nicht zu befriedigen vermochten.

Eine institutionelle Schwäche der EG muss jeden in der Demokratiefrage sensibilisierten Politiker beschäftigen. Das schwache EG-Parlament hat der Stärke der EG-Kommission nichts gegenüberzustellen. Diese mächtige Kommission ist im Sinne einer tauglichen Gewaltentrennung auch nicht genügend kontrolliert. Weil auch der Ministerrat ein personell immer wechselndes Gremium ist, kann von seiner Seite ebenfalls keine kontinuierliche Kontrolle stattfinden. Führungsmässig haftet der EG deshalb ein diktatorischer, mindestens absoluter Stil an.

Es ist sicher nicht falsch, wenn wir den diplomatischen Kontakt aufrechterhalten. Dazu ist aber ein sachlicher Realismus das richtige Rezept. Die klare Analyse unseres erfahrenen und tüchtigen Botschafters in Brüssel in der Schlussdiskussion war von diesem Realismus geprägt. Er lässt alles offen und ist gedanklich auf jede mögliche Entwicklung vorbereitet. Realisten sind in der Diplomatie sowieso gefragter als Utopisten oder Fatalisten. □

FDP-Thesen

● Die FDP erkennt Chancen und Risiken in den Verhandlungen zwischen den EG- und den EFTA-Ländern über einen gemeinsamen Vertrag zu enger Zusammenarbeit in einem zu schaffenden Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Sie unterstützt die Zielsetzungen der bundesrätlichen Verhandlungsdelegation, in offener und flexibler Vorgehensweise die Zusammenarbeit innerhalb der EFTA und gegenüber der EG zu stärken.

● Die FDP erwartet vom Bundesrat, dass er bei den Verhandlungen das Mitbestimmungsrecht im EWR-Vertrag sicherstellt und Möglichkeiten der Mitgestaltung bei allen weiteren Entwicklungen im europäischen Raum offenhält.

● Die FDP begrüsst den Übergang zu binnenmarktähnlichen Verhältnissen in einem erweiterten europäischen Freihandelsraum

und befürwortet eine möglichst freie Zirkulation von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Die Übernahme des EG-Binnenmarktrechtes hat in wesentlichen Bereichen Ausnahmeregelungen zuzulassen.

● Die FDP geht davon aus, dass die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes die wesentlichen Elemente des schweizerischen Föderalismus erhält.

● Die FDP verlangt, dass die direkte Demokratie durch den EWR-Vertrag möglichst wenig beeinträchtigt wird. Insbesondere sollten Initiative und Referendumsrecht so weit als möglich erhalten bleiben.

● Die FDP ist überzeugt, dass die Schweiz mit einer EWR-Lösung nicht auf die aussen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen der EG verpflichtet wird. Sie wird deshalb auch in Zukunft ihre Aussenpolitik

im Sinne der Neutralität nach eigenem Ermessen ausgestalten können.

● Die FDP setzt sich für Reformprogramme der mittel- und osteuropäischen Länder ein, um eine freiheitliche politische Ordnung und eine soziale Marktwirtschaft zu erreichen. Es ist dafür zu sorgen, dass die mittel- und westeuropäischen Staaten der EG und EFTA mit den osteuropäischen Partnern zusammenarbeiten und den neu entstehenden Strukturen Europas Rechnung tragen.

● Die FDP steht hinter den bundesrätlichen Zielsetzungen, über die Mitarbeit im Europäischen Wirtschaftsraum europäische Solidarität zu zeigen. Sollte das Verhandlungsergebnis beim EWR-Vertrag nicht befriedigen, sind die Lösungsmöglichkeiten eines schweizerischen Ausstiegs oder eines Vollbeitritts zur EG als Alternativen zu erwägen. □

Offene Diskussion nötig

Nach der Reise mit der FDP nach Brüssel scheint mir klar, dass die EG für den EWR im Bereiche der vier Freiheiten (Waren-, Kapital-, Personen-, Dienstleistungsverkehr) keine permanenten Ausnahmen dulden werden. Ich frage mich, warum wir in dieser Frage von den offiziellen Stellen in Bern in Sicherheit gewiegt werden.

○ Werner C. Hug

Der vielfach angebrachte Hinweis, das gehöre zur Verhandlungstaktik, das sei bei Jahrhundertverträgen in Diplomatentreisen so üblich und weil die Schweiz im Namen der EFTA bis Ende dieses Jahres als Ganzes mit einer Stimme spricht, sei sie besonders dazu aufgerufen, die EFTA-Verhandlungsposition vehement zu vertreten, dieser Hinweis greift in diesem Falle m. E. nicht. Bereits heute sollten wir eine offene und ehrliche Diskussion führen.

Die Untergruppe «Europe des Citoyens» des Wirtschaftsausschusses der FDP unter der

Leitung von Nationalrat Pierre Etique war sich dieser Problematik schon im Frühjahr dieses Jahres bewusst. Gegen den ursprünglichen Widerstand der unmittelbaren Interessensvertreter der heutigen Ausländerpolitik hat sie klar und deutlich in den ersten drei Punkten folgendes festgehalten:

Der freie Personenverkehr eröffnet gerade der Schweiz neue Perspektiven für ihre Ausländerpolitik. Die FDP unterstützt deshalb aus grundsätzlichen Überlegungen die Liberalisierung des Personenverkehrs. Sie weist aber – und hier stösst sie auch auf ein gewisses Verständnis von seiten der EG – darauf hin, dass diese Deregulierung nur etappen-

weise vorgenommen werden kann. Schliesslich wollen wir ja unsere eigenen Kinder nicht in einen goldenen Käfig Schweiz einsperren, sondern sie an den Herausforderungen des Binnenmarktes teilnehmen lassen.

Wer nach der dritten EWR-Verhandlungsrunde von Polarisierung, vom Marsch in die Sackgasse redet, der unterstützt eine überholte Kabinetts-Diplomaten-Politik, der verkennet, dass die Positionen eigentlich schon seit dem Frühjahr dieses Jahres gegenseitig bekannt sind. Natürlich sitzt der Teufel im Detail, aber tun wir doch nicht so, als ob wir nicht gewusst hätten, dass wir gegenüber der EG nicht Fünfer und Weggli haben können. Sehen wir doch den Tatsachen ins Auge: Der EG-Binnenmarkt wird 1993 kommen, unabhängig von unserer möglichen EWR-Mitgliedschaft. Der Sonderfall Schweiz wird spätestens dann, dafür um so deutlicher, über den Druck des Marktes aufgegeben werden müssen. □

Europas Uhren gehen anders

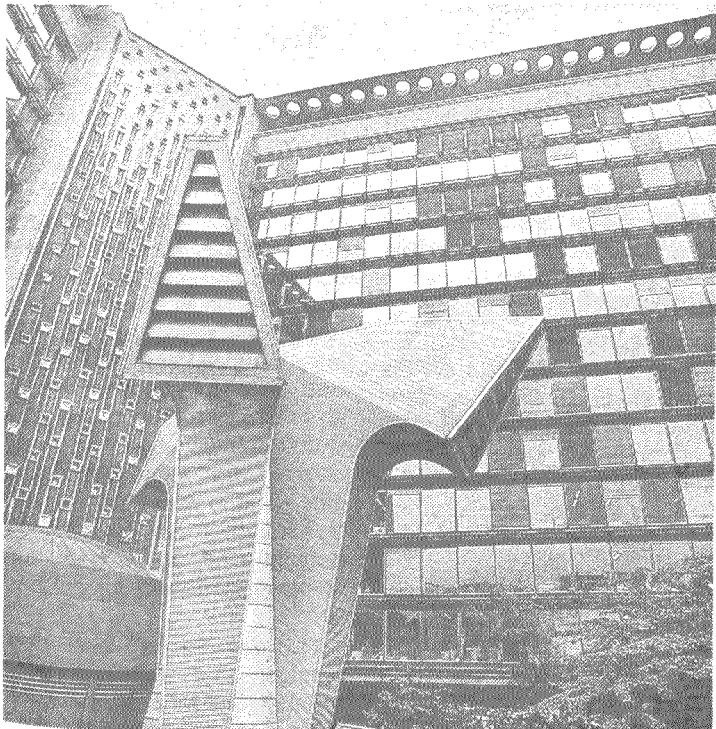
Auch mit dem Integrationsgeschehen vertrauten Beobachtern fällt es schwer, die Tragweite der verschiedenen Hürden in den gegenwärtigen EWR-Verhandlungen abzuschätzen. Es war deshalb eine ausgezeichnete Idee der FDP, einer Delegation von eidgenössischen Parlamentariern und weiteren Mitgliedern von Parliausschüssen in Brüssel Informationen aus erster Hand zu bieten.

Adrian Gnehm

Aus schweizerischer Sicht fällt auf, mit welcher Selbstverständlichkeit EG-Repräsentanten sich der historischen Gestaltungskraft der EG bewusst sind. Anders als noch Mitte der achtziger Jahre ist eine eherne Zuversicht spürbar, den Vorrang der Gemeinschaft gegenüber den nationalen Interessen mehr und mehr durchsetzen zu können. Diese Erwartung der wachsenden Kohäsion stösst sich aus verständlichen Gründen an den zahlreichen Ausnahmewünschen der EFTA-Länder. Das gilt in noch verstärktem Masse für die institutionellen Fragen. Die

schweizerischen Unterhändler, deren hervorragende Kompetenz allseits anerkannt ist, werden das Kunststück vollbringen müssen, ein komplexes Vertragswerk auszuhandeln, das unserem Staatsverständnis Rechnung trägt. Es wird noch auf beiden Seiten erheblicher Geduld und Einsicht bedürfen, um einen tragbaren Kompromiss zu finden.

Europas Uhren gehen anders, als wir dies in der Schweiz wahrhaben wollen. Davon konnten sich alle Teilnehmer der vom FDP-Generalsekretariat perfekt organisierten, unter der kundigen Leitung von Nationalrat Adriano Cavadini durchgeführten Reise nach Brüssel überzeugen. □



Gebäude der EG-Kommission in Brüssel: Inwieweit werden die EFTA-Länder ihre Ausnahmewünsche in den EWR-Verhandlungen durchsetzen können? (Photo Keystone)

Fortsetzung von Seite 5

wird die EG durch ihre Beziehungen zu den USA und Japan sowie ihre Rolle in den laufenden Gatt-Verhandlungen absorbiert...

Für mich drängten sich nach diesen Gesprächen folgende vier Schlussfolgerungen auf:

- Die EG ist unwiderruflich die *bestimmende Staatengemeinschaft* in Europa. Ob ihr die Schweiz (und andere EFTA-Länder) einmal angehören oder nicht: Unsere Politik wird sich in vielem, so oder so, rechtlich und faktisch nach der EG ausrichten müssen. Der Sonderfall Schweiz gehört endgültig der Vergangenheit an. Der schlimmste Fall einer «Satellisierung» der Schweiz besteht nicht in einer bestimmten Form der Integration, sondern in einer Situation wachsender faktischer Angleichungszwänge ohne jede Mitbestimmungsmöglichkeit.

- Die EG befindet sich ebenfalls in einer *wichtigen Phase des Wandels und des Umbruchs*. Sie wird entscheiden müssen, ob sie eine «Mini-EG der 12» bleiben (was eher unwahrscheinlich erscheint) oder ob sie sich zum «Europa der 18 (respektive 19) oder gar 24» erweitern will. Damit muss sie auch ihre innere Struktur anpassen. In dieser Phase sollten auch die Schweiz – auf Grund ihrer Erfahrung mit Föderalismus und Demokratie – sowie andere EFTA-Staaten konstruktive Ideen einbringen. Wir sollten aktiv das Ziel einer dezentralen, die Identität der einzelnen Länder wahren und damit «schweizverträglichen» Europäischen Gemeinschaft anstreben.

- Der *EWR* stellt mit Recht gegenwärtig nach wie vor ein erstrebenswertes Ziel dar, freilich unter dem Vorbehalt eines akzeptablen Verhandlungsergebnisses. Er würde für unser Land einen «schonenden» Einstieg in den Integrationsprozess ermöglichen. Aber sein Erfolg ist alles andere als gewiss. So tun wir gut daran, uns auch mit der EG selbst näher zu beschäftigen und unsere Aktivitäten auf allen Ebenen (z. B. Europarat, KSZE) zu intensivieren.

- Unsere politischen *Entscheidungsmechanismen* bedürfen dringend einer Überholung. Die Notwendigkeit ei-

ner grundlegenden *Parlaments- und Regierungsreform* hat sich einmal mehr bestätigt. Die Motion der FDP-Fraktion gewinnt gleichsam täglich an Aktualität. Die vielfältigen, zunehmenden Kontakte zwischen den Regierungen finden auf Ministerebene statt, so dass sich eine Erweiterung unserer Landesregierung zwingend aufdrängt. Im übrigen scheint sich international (und auch in grossen Unternehmungen) eine Tendenz zu einer zweistufigen Regierung abzuzeichnen: einer mehr operativen Ministerebene und einer strategischen Regierungsstufe. Das von uns (u. a.) vorgeschlagene «Ministermodell» mit einem weiterhin kollegialen Bundesrat und einer Anzahl diesem unterstellter Fachminister würde also vom Aufbau her voll im «Trend» liegen. Wie uns der schweizerische Vertreter bei der EG, Botschafter von Tschärner, bestätigte, ist die Trennlinie zwischen der Welt der Politik und jener der Verwaltung international unerbittlich. Nur vom Parlament ernannte oder bestätigte Regierungsmitglieder werden am Verhandlungstisch voll anerkannt. Deshalb nützen auch geschenkte Staatssekretärenhüte an Chefbeamte wenig bis gar nichts.

Eine grosse Arbeit liegt vor uns. Nutzen wir die Chance und lassen wir uns nicht von Ängsten und übersteigerten Gefahrenszenarien lähmen! Unserem Fraktionskollegen, Nationalrat Adriano Cavadini, sowie Generalsekretär Kauter und seiner Crew gebührt grosser Dank für Initiative wie Durchführung dieser hochinteressanten Studienreise. Bedauerlich, ja beschämend ist allerdings der Umstand, dass die FDP-Fraktion nur gerade mit drei (!) Mitgliedern vertreten war. □

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbebauingenieure

Wir planen, bauen, anlegen und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-462 62 82

«Gefragt ist heute mehr Herzblut»

Die eidgenössischen Wahlen im Herbst 1991 werfen lange Schatten. In einem Jahr muss sich die FDP dem obersten Gericht unserer Demokratie, dem Volk, stellen. Erklärtes Wahlziel ist es, die freisinnige Position als wählerstärkste Partei mit der stärksten Fraktion in der Bundesversammlung zu behaupten, im besten Fall noch auszubauen. Dies ist weder einfach, noch ergibt es sich von selbst, ganz im Gegenteil.



Nationalrat Peter Spälti: «Wir liegen richtig mit unserem Ja zu einem freiheitlichen, effizienten, kontrollierten und begrenzten Staat, mit unserem Nein zu immer mehr Staat überall dort, wo marktwirtschaftliche und gesellschaftliche Alternativen dazu vorhanden sind – nicht zuletzt im Umweltschutz, wo die ökologische Marktwirtschaft weiterentwickelt werden muss.»

○ Nationalrat Peter Spälti (ZH)

Der politische Wind bläst nicht nur, aber auch der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) seit einiger Zeit ungnädig ins Gesicht. In den kantonalen Parlamentswahlen seit 1987 gehören wir per saldo und zusammen mit weiteren Traditionsparteien zu den Verlierern. Die Wähler sind wählerischer und launischer geworden, die Bindungen an weltanschaulich ausgerichtete Parteien wie die unsrige haben sich weiter gelockert.

Einzelne Themen, Stimmungen und Personen geben immer häufiger den letzten Aus-

schlag. Die doppelte Schwierigkeit besteht darin, aus der grossen Masse des politischen Konjunktursegmentes Wechsel- und Gelegenheitswähler für die FDP zu gewinnen, das flexible Marschbein auszubauen, ohne dabei die Stammwähler durch eine bloss opportunistische Anbietung an all die Ausschläge des Zeitgeistes aufs Spiel zu setzen. Anlass zur Dramatisierung der Lage besteht nicht. Doch kommt man nicht um die Feststellung herum, dass unserer Partei in verschiedenen Kreisen, insbesondere bei den Jungen und den Frauen, mehr Skepsis als auch schon entgegengebracht wird, dass da und dort die FDP als blosse Wirtschafts-, Elite-,

Kopp- oder Machtpartei in Misskredit steht.

Politmarketing

Statt sich in vergangenen Erfolgen zu sonnen oder auf die Medien zu schimpfen, sind ernsthafte Anstrengungen gefragt, um die gefährliche Spirale eines negativen Images offensiv zu durchbrechen.

Mit anderen Worten: not tut ein Wahlkampf, der positive Akzente setzt, der uns vom politischen Gegner abgrenzt, der klar profiliert und positioniert, der sich offensiv um die (Rück-)Gewinnung der öffentlichen Meinung bemüht.

Nachzudenken ist in unseren Reihen über klare politische Botschaften, über handlungsorientierende Eckwerte in Zeiten tiefgreifender Veränderung und Verunsicherung. Prioritär sind dabei Interventionen vorab in all jenen Fragen, die den Durchschnittswähler in der Schweiz von heute beschäftigen – und in denen wir nur allzu häufig mit dem Image konfrontiert sind, keine oder nur vorgestrigte Antworten zu haben.

Ob der Suche nach den richtigen und wichtigen Botschaften und Inhalten darf aber auch das politische «Marketing» nicht vernachlässigt werden. Bekanntlich bleiben auch die besten Botschaften Maku-

latur, wenn sie dem Bürger nicht gut und glaubwürdig und überzeugend präsentiert werden.

Ja zur Schweiz

In verschiedenen Parteilagern sind die Vorarbeiten für eine überzeugende Wahlkampfstrategie im Gange.

Unsere Partei sollte sich in erster Linie als eine kritische und innovative Fortschrittspartei darstellen, als eine Partei, die weder wirtschafts- noch umweltfeindlich ist, die nichts verspricht, was nicht zu halten ist.

Wir huldigen nicht einfach Gesinnungen des Zeitgeistes und Betroffenheiten, sondern suchen nach praktikablen Lösungen, weil wir politische Verantwortung tragen. Wir sagen nicht einfach Nein, sondern Ja – Ja zur Schweiz, Ja zum bisher Erreichten. Ja aber auch zu neuen Problemen und zur Möglichkeit ihrer konstruktiven Bewältigung.

Der Zusammenbruch des realen Sozialismus in Mittel- und Osteuropa entzieht nur allzu berechtigten Feindbildern zum Glück den Boden, nicht aber den liberalen Grundsätzen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die den Wandel im Osten erst möglich gemacht haben. Wir liegen richtig mit unserem Ja zu einem freiheitlichen, effizienten, kontrollierten und begrenzten Staat, mit unserem Nein zu immer mehr Staat überall dort, wo marktwirtschaftliche und gesellschaftliche Alternativen dazu vorhanden sind – nicht zuletzt

im Umweltschutz, wo an der Überlegenheit einer ökologischen Marktwirtschaft, die es weiterzuentwickeln gilt, kein Zweifel besteht.

Unser Ja zum verantwortlichen Handeln in allen Bereichen verpflichtet auch aussenpolitisch zur vermehrten Übernahme globaler Mitverantwortung durch unser Land, zur

Haus zur Entfaltung zu bringen.

Gemeinsame Grundwerte

Klare politische Aussagen sind auch in anderen Gegenwartsfragen nötig und möglich.

Ja zum Individualismus, aber auch zu einer sozial-

denpolitik ohne Preisgabe der Verteidigungsfähigkeit; angebotsseitige Massnahmen zur Entspannung der Situation auf dem Boden- und Wohnungsmarkt; Offenheit gegenüber der kulturellen und gesellschaftlichen Vielfalt, aber auch Wille zur Erhaltung und Erneuerung gemeinsamer Grundwerte; Verteidigung demokratischer und rechtsstaatlicher Spielregeln gegen politische Fundamentalismen aller Art; Bekenntnis zur technischen Zivilisation als Voraussetzung von Wohlstand, Chancenvielfalt und sozialer Sicherheit und Solidarität zwischen Alt und Jung.



Nationalrat Peter Spälti: «Wir sagen Ja – Ja zur Schweiz, Ja zum bisher Erreichten. Ja aber auch zu neuen Problemen und zur Möglichkeit ihrer konstruktiven Bewältigung.»

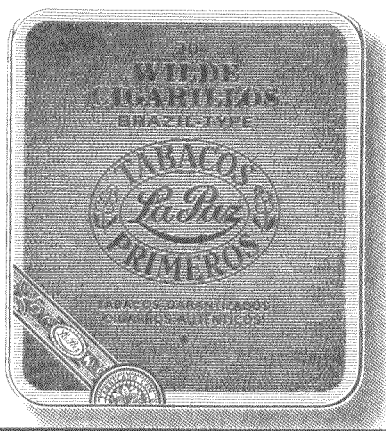
selbstbewussten Annäherung an Europa, dies nicht im Sinne eines politischen Opferganges und Ausverkaufes, sondern im Bestreben, die staatspolitischen und kulturellen Eigenarten unseres Landes auch für das künftige gemeinsame

staatlichen Korrektur der in Freiheit unvermeidlichen Ungleichheiten; Demokratieschutz statt Staatsschutz; energische nationale und internationale Bekämpfung des organisierten Drogenhandels; eine aktivere Frie-

Die Entwicklung einleuchtender Botschaften ist das eine, ihre «Vermarktung» auf dem Ideen- und Meinungsmarkt das andere, nicht minder wichtige. Liberales Gedankengut, liberale Problemlösungskompetenz müssen bürgernäher umgesetzt und verständlich gemacht werden. Dies immer auch in Abgrenzung von den alternativen Angeboten unserer politischen Widersacher. Wenn der Wähler etwas nicht honoriert, dann ist es der Verzicht auf eine offen und offensiv geführte Auseinandersetzung.

Dabei dürfen auch persönliche Kosten nicht gescheut werden: Gefragt ist heute mehr Herzblut statt Rückzug auf das rein Rationale. Vor allem brauchen wir engagierte profilierte und überzeugungskräftige Persönlichkeiten auf allen Stufen, die im «Ring» zu bestehen vermögen und die geeignet sind, auch persönlich das glaubwürdig zu verkörpern, wovon die Rede ist. □

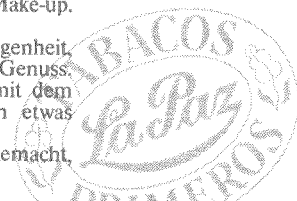
Die wilde Glut der Tropen. Von La Paz.



Temperamentvolle Kostbarkeiten aus sonnigen Plantagen. Von Rauheit und Reinheit der Natur zugleich. Und doch harmonisch mild. Das sind die im Aroma leicht süsslichen Wilden Cigarillos Brazil Type von La Paz. Aus echten Brasil-Tabaken, umhüllt mit einem Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia. Und dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. So, wie die Natur sie geschaffen hat. Ohne Make-up. Und darum gut.

Klein genug für jede Gelegenheit, gross genug für wirklichen Genuss. Wilde Cigarillos Brazil Type mit dem Siegel von La Paz sind eben etwas Besonderes.

Sie werden für Geniesser gemacht, die den Unterschied erkennen.



Cigarros Autenticos.

Ein Drogensüchtiger spricht

Mit ihm habe ich mich unterhalten, dem jungen Mann, der jetzt sechs Wochen lang seit dem zweiten Entzug wieder drogenfrei lebt. Er hat mir deutlich erklärt, dass zu Hause begonnen werden müsse, dass es in den meisten Familien daheim an Geborgenheit und Betreuung fehle. Er hat auch erwähnt, dass Drogensüchtige auf den Schulhausplatz gehen, um dort Stoff zu verkaufen. Er erklärte ferner, dass schon 14jährige auf den Platzspitz gehen und nach Drogen verlangen. Und er sagte, dass jeder Süchtige früher oder später kriminell werde und dann zum Entzug gezwungen werde.

Die erste Aussage ist ganz klar eine Anklage an die Familien. Wann begreifen wir endlich, dass elterliche Betreuung nicht darin besteht, dem Jugendlichen ein Videogerät zu schenken, einen eigenen Radio, Taschengeld zu geben, sondern Betreuung bedeutet, sich mit den Kindern in täg-

lichem Gespräch auseinanderzusetzen, alle Probleme zu besprechen? Die zweite Bemerkung beweist deutlich, dass die Eltern auch später wissen müssen, wohin ihre Kinder gehen. Kontrolle ist nötig. Es ist besser, man lädt einen Schulkameraden nach Hause ein und die Mutter überwacht im Hintergrund, was getan wird.

Seine dritte Feststellung dreht sich um das Wort «Zwang». Wenn es schon Zwang braucht, um von den Drogen befreit zu werden, dann wäre Zwang leichter erfolgreich, bevor einer eine Drogenkarriere hinter sich hat. Deshalb braucht es nicht «Pflasterlis» zur Überlebenshilfe auf dem Platzspitz, nicht Fixerräume, sondern echte Lebenshilfe durch frühzeitigen Entzug und gleichzeitige Betreuung. Die anfangs erwähnte Geborgenheit muss nachgeholt werden.

*Elisabeth Weiss-Kull,
Küsnacht*

Begegnungen



Arbeitstagen oder Delegiertenversammlungen der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) stehen grundsätzlich allen interessierten Mitgliedern offen. Einerseits steht dabei natürlich jeweils die Diskussion um ein bestimmtes Thema im Zentrum. Andererseits aber werden an solchen Anlässen auch wertvolle Kontakte über die Kantons Grenzen hinweg geknüpft. FDP-Anlässe sind immer auch gesellschaftliche Ereignisse. Nutzen Sie beide Möglichkeiten: die der politischen Mitgestaltung und Weiterbildung und die offener Begegnungen. (Photo ruti)

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Das ist denn auch Ihre Seite. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Beiträge im «Freisinn» werden gelesen, in der Verwaltung, von Politikern. Öfters schon hat sich via Parteizeitung ein freisinniger Brief-

wechsel über die Kantons Grenzen hinweg entwickelt. Die Auflage beträgt immerhin stolze 80 000! – Noch etwas. Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. □

Verbetonierung unserer Heimat?

Den Artikel «Wohnen – ein Politikum» im «Freisinn» Nr. 10/90 habe ich mit Interesse gelesen. Allerdings scheinen mir die Ausführungen weniger objektiv als «wahlpolitisch» ausgerichtet.

Das Heilmittel für die Wohnungsnot wird ausschliesslich gesehen in: «Der Produktion

Versprechen, die Ausländerzahl zu stabilisieren, in die Tat umsetzen würde, dann könnte hier eine starke Nachfrage vermindert werden. Es wäre ein Gebot der Ehrlichkeit, bei einer Analyse zum Thema «Wohnungsmarkt» auch diese Gesichtspunkte zu erwähnen, selbst auf die Gefahr hin, dass sie nicht so «werbe- und wahlfreundlich» sind wie die veröffentlichten Forderungen, die aber letztlich auf eine totale Verbetonierung unserer Heimat hinauslaufen.

Ernst Wolfer, Wädenswil

Leserbriefe

von Wohnraum ... kommt entscheidende Bedeutung zu» (Thesen). Mehr Bauland, mehr bauen ... Ist dies wirklich die einzige Möglichkeit? Sollen wir auch inskünftig jährlich 40 000 neue Wohnungen (oder noch mehr?) erstellen, was dem Wohnungsbestand der Städte Freiburg, Schaffhausen und Neuenburg zusammen entspricht? Und dies so lange, bis der letzte Flecken verbaut ist? Heisst das nicht, das Erbe unserer Kinder und Enkel vorzeitig zu verzehren?

Auch ohne langes Wirtschaftsstudium weiss man, dass man für eine Marktsteuerung das Angebot erhöhen oder/und die Nachfrage reduzieren kann. Von Nachfrageverminderung ist aber weder im zitierten Artikel noch in den «Freisinnigen Positionen in der Wohnungs- und Bodenfrage» je die Rede. Kein Wort davon, dass die Einwohnerzahl der Schweiz jährlich um 50 000 Personen zunimmt. Davon stammen 30 000 Personen vom Einwanderungsüberschuss. Wenn der Bundesrat sein wiederholt abgegebenes

Glückwünsche

Meine Glückwünsche zur neuen Aufmachung des «Freisinn». Damit verfügt nun die FDP über ein «anmücheliges» Gefäss für freisinniges Gedankengut.

*Hanspeter Kleiner,
Hinterkappelen*

Kurzurteil

Möchten Sie ein spontanes Kurzurteil über die FDP-Zeitung im neuen Gewand?

Format: gut, handlich

Layout: lebhaft

Lesbarkeit: dort erschwert, wo der Lead fehlt

Inhalt: sowieso gut

Papier: schmuddelig

Gesamteindruck: billig

Stefan Cornaz, Basel

Die SVFF in einem neuen Gewand

An ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung in Baden vom 12. Mai 1990 hatte die SVFF beschlossen, eine umfassende Statutenrevision vorzunehmen. Hauptkriterium bildete dabei ein allseits gewünschter Systemwechsel.

◆ Annelies Hüsey

War die SVFF bisher in einem Vorortssystem organisiert, so will sie nun ein Präsidialsystem mit gewähltem Vorstand einführen. Im Laufe des Sommers 1990 hatte eine eigens dazu installierte Arbeitsgruppe die nötigen Grundlagen aufgestellt und dem Vorort einen ersten Entwurf präsentiert. Eine Präsidentinnenkonferenz fasste sodann die weiterführenden Beschlüsse und erteilte dem Vorort den Auftrag, definitive Statuten zuhanden einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung (DV) auszuarbeiten. Nun ist es soweit, die Versammlung ist organisiert und findet am Samstag, dem 24. November, in Bern statt.

Die Arbeitsgruppe unter der Federführung von Trix Heberlein, Präsidentin der juristi-

schen Kommission der SVFF, hat der DV einen Statutenentwurf vorbereitet, der einen Verein mit ständigem Sitz in Bern vorsieht, dessen Organe die Delegiertenversammlung (wie bisher), der Vorstand (neu), die Präsidentinnenkonferenz und die Revisorenstelle (beide bisher) sind und dessen Mitglieder die Präsidentinnen der lokalen und kantonalen Frauengruppen sowie die Einzelmitglieder bilden. Der Vorstand kann nun auch aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Ausschuss bestimmen. Grundsätzlich nimmt der Vorstand Rücksicht auf eine gute regionale Vertretung.

Mit diesen Massnahmen, welche alle der Straffung und Professionalisierung dienen sollen, will die SVFF ihre Wirksamkeit verstärken und zu einer wichtigen politischen Kraft werden. □

«Frauen öffnen die Schweiz»

Mit dem «Projekt Frauen 91 (Parteien)» verwirklichen Frauen aller grossen Parteien der Schweiz zum 700. Geburtstag der Schweiz ihr besonderes Programm.

◆ Annelies Hüsey

Dieses Programm steht unter dem vielsagenden Titel «Frauen öffnen die Schweiz» und sieht vier verschiedene Veranstaltungen vor. An drei dezentralen Tagungen im März 1991 sollen Diskussionspodien zu folgenden Bereichen stattfinden:

- 2. März in Altdorf:
Ökologische Öffnung.
- 9. März in Freiburg:
Ökonomische Öffnung.

16. März in Sargans:
Ökologische Öffnung.

Schliesslich mag eine vierte, grosse Schlussstagung auf Schloss Lenzburg den umfassenden Höhepunkt bilden, wobei auch Gäste aus dem Ausland geladen werden.

Zweifellos mussten sich die Frauen anfänglich alle «zusammenraufen», kamen sie doch politisch aus den gegensätzlichsten Ecken: Neben der SVP Schweiz machen die CVP-Frauen mit, die SP-Frauen, die

SVFF: Schweizerische Vereinigung der freisinnig-demokratischen Frauen

Die Schweizerische Vereinigung freisinnig-demokratischer Frauen (SVFF) wurde im Jahre 1949 als gesamtschweizerisches Organ der freisinnigen Frauengruppen gegründet. An verschiedenen Orten haben damals bereits gut organisierte freisinnige Frauengruppen bestanden. Der Zusammenschluss sollte nun den Anliegen und der Durchsetzungskraft der Frauen auf politischer Ebene zu grösserer Wirkung verhelfen. Allen voran stand damals das Frauenstimm- und -wahlrecht zuoberst auf der Traktandenliste. Aber auch soziale Anliegen – wie etwa die Realisierung der AHV – wurden bearbeitet.

Heute zählt die SVFF ungefähr 8000 Mitglieder. Ihr angeschlossen sind neben zahlreichen lokalen und kantonalen Frauengruppen in der ganzen Schweiz auch freisinnige Frauen als Einzelmitglieder. Die Organe sind gegenwärtig noch der Vorort, welcher heute unter dem Präsidium von Dolly Duc, Lausanne, steht, die Delegiertenversammlung und die Präsidentinnenkonferenz (siehe Artikel zur Statutenrevision auf dieser Seite). Die SVFF unterhält vier ständige Kommissionen und weitere Ad-hoc-Arbeitsgruppen. Es sind dies die Kommission für politische Ausbildung, die Kommission für Information und Presse, die Kommission für Familienpolitik sowie die juristische Kommission.

Zu den Hauptanliegen der Vereinigung gehört einerseits die enge Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Freisinnigen Partei, wobei das Schwergewicht auf der Integration der Frauen in die politische Arbeit der Gesamtpartei liegt. Daneben pflegt sie intensive Kontakte zu den freisinnigen Mitgliedern der Parlamente und fördert die Zusammenarbeit auf eidgenössischer Ebene. Sie vertritt aber auch in einem weiteren Rahmen die Interessen der freisinnigen Frauen der Schweiz. So nimmt die SVFF etwa an den wichtigen Vernehmlassungen teil und äussert sich im Gesetzgebungsprozess. Ein ebenso wesentliches Anliegen ist die politische Ausbildung und Förderung der Frauen. □

Grüne Partei der Schweiz sowie die EVP-Frauen und die SVFF, die Schweizerische Vereinigung der freisinnig-demokratischen Frauen der Schweiz. Die Frauen des Landesrings wie der Nationalen Aktion haben beide die Zusammenarbeit mit dem Argument abgelehnt, sie bekundeten etliche Mühe mit den Feiern zu 700 Jahren Eidgenossenschaft.

Ein derartig umfassendes Unternehmen, das möglichst allen interessierten und engagierten Frauen zugänglich sein soll, verlangt viel Einsatz und viel Idealismus. Das Projekt ist für mich, die ich die SVFF darin vertreten darf, zu einem interessanten und aufschlussreichen politischen Lehrstück geworden. Es hat mir gezeigt, dass wir unter uns Frauen eine hohe und fruchtbare Gesprächskultur pflegen können, ohne uns für unsere eigene Überzeugung etwas vergeben zu müssen. □



Die gezielte politische Arbeit von Frauen bleibt nötig.
Photo Keystone



Warum ein Manifest?

Mit dem Liberalen Manifest wollen wir Freisinnigen zum Ausdruck bringen, was wir unter liberaler Politik heute und morgen verstehen.

In den Zielsetzungen 87/91 hat die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz auf der Grundlage der «Rigi-Thesen» von 1981 folgende Grundsätze festgehalten: Freiheit und Verantwortung, Gleichheit und Vielfalt, Offenheit, Toleranz und Solidarität. Diese Orientierungspunkte werden auch in Zukunft für uns bestimmend sein.

Die Freiheit aktualisiert sich immer wieder im Spannungsfeld neuer Herausforderungen, Chancen und Risiken. Unsere Zeit ist durch rasante Änderungen auf vielen Lebensgebieten, durch den Wandel vieler Werte und durch eine zunehmende Vernetzung vieler Probleme gekennzeichnet.

Im Liberalen Manifest sollen Wertmassstäbe und wegleitende Prinzipien entwickelt werden, auf die wir unser Denken und Handeln ausrichten. Sie sollen es gestalten, den Herausforderungen unserer Zeit in liberaler Gesinnung zu begegnen. Sie bilden die Grundlage für die dauernde Prüfung der Wertverträglichkeit praktischer liberaler Politik.

..... **Bestelltalon** ✂

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

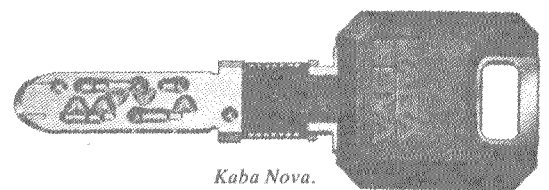
PLZ/Wohnort: _____

Ein Exemplar der Broschüre «Liberales Manifest» erhalten Sie gratis. Bei einer Bestellung von mehreren Exemplaren kostet das «Liberales Manifest» Fr. 1.–.

Bestelltalon bitte einsenden an Generalsekretariat FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern.

GGK

**MIT BAUER KABA SCHLIESST
EIN GUTES MANAGEMENT ERFOLGREICH AB.**



Kaba Nova.

*Das praxiserprobte, mechanisch-elektronische Schliesssystem.
Von Bauer Kaba.*

Fordern Sie zum Kennenlernen die Kaba Nova-Videokassette oder den Prospekt an. CH: Tel. 01/931 61 11

Considérations sur «sécurité et paix» publié par la SSO

La Société suisse des officiers a publié le 6 septembre 1990 sa contribution aux discussions concernant les réformes de l'armée. Il s'agit d'un papier de 44 pages qui mérite d'être bien accueilli.

Claude Bertelletto*

Je n'oserais critiquer le problème de logistique qui est expliqué de manière très détaillée et pour lequel, je l'avoue, je ne me passionne que durant mes trois semaines de CR. Je ne voudrais pas non plus relever les divergences qui peuvent exister entre le modèle d'instruction proposé par la SSO et le nôtre. Je dois le reconnaître, chacun avance ce qui lui semble le plus approprié sans qu'il me faille juger quelle est la meilleure solution.

Malheureusement, je tiens à relever ce qui pour ma part est une lacune: la position de la femme dans l'armée n'est quasiment pas abordée. Déjà je trouvais la position de la JRS sommaire dans ce domaine, dès lors je trouve l'exposé de la SSO lacunaire. J'aurais attendu d'avantage de cette société qui, je pense, est en mesure de défendre les intérêts du soldat SFA. On ne parle même pas de l'armement des femmes. Est-ce donc pour vous, Messieurs les officiers, chose acquise? Il est vrai que 3 lignes sur 44 pages nous sont consacrées. J'ignore combien de femmes étaient présentes lors de l'élaboration de ce projet mais je regrette qu'elles n'aient pas défendu leurs intérêts avec plus de fermeté.

Cependant, si la SSO refuse de s'étendre sur le problème de l'intégration de la femme dans l'armée, elle propose une abhérante égalité en conformité avec l'art. 4 Cst. féd.: «l'obligation générale de servir la communauté».

Je trouve mesquin de vouloir introduire une telle obligation. Premièrement, la femme

est toujours au service de la communauté. En effet, même si l'on tente de répartir les rôles de manière différente, il reste certaines tâches qui sont le privilège des femmes. Notre société n'est pas encore au stade où une telle obligation générale se justifie. La plupart des femmes qui travaillent ne s'occupent-elles pas aussi de leur ménage? Même si la femme est aidée dans ce rôle, elle en reste la principale responsable. Je ne crois pas en voyant la société aujourd'hui que puissions arriver à coût terme à un point où l'homme et la femme remplissent indifféremment les tâches au foyer. Bien sûr qu'il existe des «hommes au foyer» comme il existe des «femmes carrières» mais ce sont encore et heureusement des exceptions.

Secondement, une telle obligation «de servir la communauté» créerait plus d'exceptions que de cas qui suivraient la règle. Etant donné qu'il faut «tenir compte de la place de la femme dans la famille», pourquoi ne pas garder la solution actuelle qui permet à celle-ci d'accomplir un service militaire volontaire. Rien ne nous empêche sur cette base volontaire de permettre aux femmes qui en ont le désir, d'accomplir un service civil. L'égalité entre les hommes et les femmes qui contient la Constitution doit être recherchée là où la situation permet de ne pas tenir compte du sexe.

Si nous tentons à tout prix de rendre égal ce qui est de par sa nature différent, nous aboutissons au contraire du but fixé, à une discrimination de par l'égalité.

Je ne crois pas qu'en refusant cette obligation générale pour tous, je favorise la femme

car elle accomplit sans avoir besoin d'une norme écrite et de par sa nature un énorme service à la communauté.

Je suis également déçue de la position des femmes radicales qui, selon les informations de la radio accueillent positivement une telle obligation? Pourquoi une telle réaction? Est-ce par souci d'égalité dans le domaine de l'AVS. Il vaut la peine de se demander si dans le cas qui nous occupent l'égalité doit à tout prix être réalisée

au risque de devenir discriminatoire.

Pour conclure, je peux paraître vieux jeux mais je ne crois pas, dans un avenir proche, à une réparation des rôles entre hommes et femmes totalement indépendamment du sexe et selon les penchants de chacun. Voilà pourquoi, l'idée d'une «obligation générale de servir la communauté» ne me semble, peut-être pas encore, adaptée à notre époque. □

Le Comité suisse des jeunesses radicales fait peau neuve

Lors de son 62^e congrès ordinaire à Bâle les 3 et 4 novembre 1990, les jeunes radicales de toute la Suisse ont été appelés à élire un nouveau comité pour une période de deux ans.

La présidente Marina Masoni (TI) et un des deux vice-présidents, Christian Bolliger (ZH), n'ont pas remis leur mandat à disposition. Ces deux membres actifs du comité se retirent après plusieurs années consacrées à l'épanouissement et au développement de la JRS. Pour leur témoigner ses remerciements le comité proposa de nommer Marina Masoni et Christian Bolliger membres honoraires de la JRS.

Une page se trouve, il faut regarder de l'avant. Le Congrès a dû nommer le nouveau comité. Andreas Gadmer (GR) fut élu comme président, pour le seconder à la vice-présidence Claude Bertelletto (VS) et Catrina Luchsinger (ZH). Les autres membres dont réélus et pour remplacer les deux personnes partantes, le Tessin propose Gian-Luca Cantarelli et Bâle dont les JRS était l'hôte, Daniel Stolz, tous deux sont acceptés.

Après cette partie émotionnelle et la remise de cadeaux,

un point concernant l'initiative législative était à l'ordre du jour. Un groupe de travail de la JRS s'était penché sur le problème de l'introduction de l'initiative législative dans la Constitution fédérale, car la JRS souhaitait concrétiser son programme d'action qui contient notamment l'initiative législative. Malheureusement, la JRS change d'idée plus rapidement qu'elle ne modifie son programme d'action. En effet, par 33 voix contre 22, sur proposition d'un délégué vaudois, le Congrès refuse d'entrer en matière sur le sujet. Le fait de devoir aller voter peut-être d'avantage et d'élargir les droits politiques alors que la Suisse essaie de s'intégrer dans l'Europe furent les seuls arguments. Personne ne prit ensuite la parole ni pour soutenir cet avis ni pour défendre les aspects positifs d'une telle entreprise ou pour corriger l'opinion avancée pour ma part un peu primaire.

Pour terminer sur une note moins triste, la JRS a accepté avec joie la demande d'adhésion de la jeune section d'Appenzell et lui a souhaité une vie politique fructueuse.

Claude Bertelletto

* Vice-présidente Jeunesse radicale suisse, Lieutenant SFA.

Gentechnologie als Herausforderung



Über Chancen und Risiken der Gentechnologie informierte und diskutierte die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) an einer Tagung Anfang November in Bern. Ein erstes Resultat dieser Grundlagenarbeit ist in der «Politischen Rundschau» Nr. 1+2/1990 unter dem Titel «Gentechnologie als Herausforderung» erschienen. (Photo ruti)

Seit über drei Jahren befasste sich die FDP-Arbeitsgruppe «Fortpflanzungsmedizin/ Gentechnologie» unter der Leitung von Stéphanie Mörko-

fer-Zweiz, Kaiseraugst, mit den naturwissenschaftlichen, ethischen und juristischen Problemen in diesen Bereichen. «Die Politische Rundschau»

1+2/1990 veröffentlicht nun diese Arbeit unter dem Titel «Gentechnologie als Herausforderung». Zurzeit behandeln die eidgenössischen Räte die sogenannte «Beobachter»-Initiative, in der Juni-Session hat der Ständerat dazu einen Gegenentwurf verabschiedet. Auf politischer Ebene werden also entscheidende Weichen gestellt. Mit ihrer politischen Grundlagenarbeit hat sich die FDP der Herausforderung gestellt. Informieren Sie sich, helfen Sie mit, die Diskussion zu versachlichen, damit wir in der Schweiz zu einer vernünftigen Gesetzgebung gelangen!



Ich bestelle

Ex. Politische Rundschau Nr. 1+2/1990: «Gentechnologie als Herausforderung» (34 Seiten) zum Preis von je Fr. 5.–

Vorname _____

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Talon einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Veranstaltung

Voranzeige

Ortsparteipräsidenten-Konferenz

Samstag, 12. Januar 1991 in Interlaken (Kursaal)

Als Auftakt zum eidgenössischen Wahljahr 1991 lädt die schweizerische FDP zu einer Ortsparteipräsidenten-Konferenz ein. Mit Referaten und in Gruppenarbeiten bereiten wir uns auf die Wahlkampagne vor. Die Tagung dauert von 10.00 bis 16.00 Uhr.

Reservieren Sie sich dieses Datum!

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion: Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

Gründung einer FDP-Beamtenvereinigung

Im Rahmen einer Tagung hat die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) eine FDP-Beamtenvereinigung gegründet. Die Vereinigung hat zum Ziel, die Interessen der



freisinnigen Beamten und Angestellten der öffentlichen Verwaltung zu wahren, das liberale Gedankengut zu pflegen und durch Kontakte die Orientierung der Parteileitung und der Fraktion über Probleme der öffentlichen Verwaltung zu verbessern. Alexander Lässker, Direktor des Bundesamtes für Wasserwirtschaft, wurde zum Präsidenten der Vereinigung gewählt. Die Tagung war dem Thema «Die öffentliche Verwaltung im modernen Staat» gewidmet. Prof. Manfred Timmermann von der Hochschule St. Gallen referierte zum Thema «Welche Personalpolitik braucht ein effizienter Staat?», während Tagungsleiter Nationalrat François Loeb (Bern) und Parteipräsident Franz Steinegger (von links) aufmerksam zuhören. (photo ruti)

FDP PRDO

1991

Ideenbörse

Für ihren Wahlkampf hat die Stadt Zug Postkarten kreiert, die im Vorfeld von Wahlen eingesetzt werden können. Der «Freisinn» veröffentlicht sie hier im Sinne einer Anregung für andere Orts- oder Kantonalparteien.



Agenda 1991

Die bewährte, handliche FDP-Agenda mit dem soliden Lederportefeuille (bordeaux) steht Ihnen auch dieses Jahr wieder zur Verfügung. Tragen Sie jetzt schon Ihre Termine für das kommende Jubiläums- und Wahljahr ein!



Bitte senden Sie mir

... Ex. Lederportefeuille mit FDP-Agenda 1991 (bordeaux) à Fr. 44.-

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.



Welcher Rat berät welche Geschäfte zuerst?

Zugegeben: diesmal ist die Frage sehr schwierig. Wer sie beantworten kann, kennt sich wirklich in den Finessen der schweizerischen Politik aus.

Die Antwort entnehmen wir dem Buch von Urs Marti: Zwei Kammern – ein Parlament (Frauenfeld: Verlag Huber, 1990). «Auf Grund der eingegangenen Geschäfte bestimmen die Präsidenten des National- und Ständerates in einer gemeinsamen Aussprache, welcher Rat welches Geschäft zuerst zu behandeln hat, also den sogenannten Prioritätsrat oder Erstrat. Bei den jährlich wiederkehrenden Geschäften wird der Prioritätsrat einmal der grossen, einmal der kleinen Kammer zugeordnet. Bei den übrigen Geschäften hat nach ungeschnebener Gesetz der Ständerat jene Vorlagen als Erstrat zu behandeln, die vor allem kantonale Interessen tangieren, während jene, die eher von nationaler Bedeutung sind, in Priorität dem Nationalrat zustehen.» (S. 29)

Antwort

Mutzli

Es meinte FDP-Nationalrat Ulrich Bremi (ZH): «Es gibt eine Messlatte für alle Parlamentarier, das ist das Mass der heiteren Gelassenheit, das sie ausströmen.»

Wie ist die Befindlichkeit eines FDP-Fraktionspräsidenten? In einer Rückschau auf seine frühere Funktion beschrieb sie Ulrich Bremi so: «Ich bin mir oft vorgekommen, wie wenn man mich in einen Honigtopf gesteckt und mir dann Befehl gegeben hätte: Vorwärts marsch!»

In die FDP treten die meisten im Alter zwischen dreissig und vierzig Jahren ein. Dazu Parteipräsident Franz Steinegger: «Wenn sie erste Berufserfahrung haben und etwas gescheiter sind, dann kommen die Leute zur FDP.»

Franz Steinegger ist bekannt für markige Worte. Die Aufforderung, den FDP-Wahlkampf 1991 unter dem Motto Europa zu führen, relativierte Franz Steinegger so: «Wir können nicht das ganze Programm (EGisieren).» Und eine Sitzung, in der – wie bei Freisinnigen nicht unüblich – fast jeder dagegen war, schloss Franz Steinegger präsidial: «Ich werde ab 1991 verbieten zu sagen, was man nicht will. Man darf nur noch sagen, was man will.»

Bundesrat Kaspar Villiger's Kommentar zur Berichterstattung über den Sicherheitsbericht: «Anscheinend haben wir die Medien, die wir verdienen. Ich hoffe es aber nicht.» Speziell zur Haltung einer Zürcher Tageszeitung, es ist nicht die «NZZ», meinte EMD-Chef Kaspar Villiger: «Dort würde wohl auch die Abschaffung der Armee als (vorsichtige Öffnung) bezeichnet.» Auch mit den Medien zu tun hat eine nächste Bemerkung des EMD-Chefs. Zur erfolgreichen Friedensmission in Namibia, welche die Schweiz im Rahmen der Uno ausführte, meinte Villiger: «Wir haben in Namibia einen glänzenden Eindruck hinterlassen. – Ich muss mir das immer selber sagen, wenn ich es nirgends lese.»

«Wir fliegen mit verschiedenen Fragen in die Schweigespirale», meinte FDP-Chef Franz Steinegger lakonisch zum Thema Kommunikation.

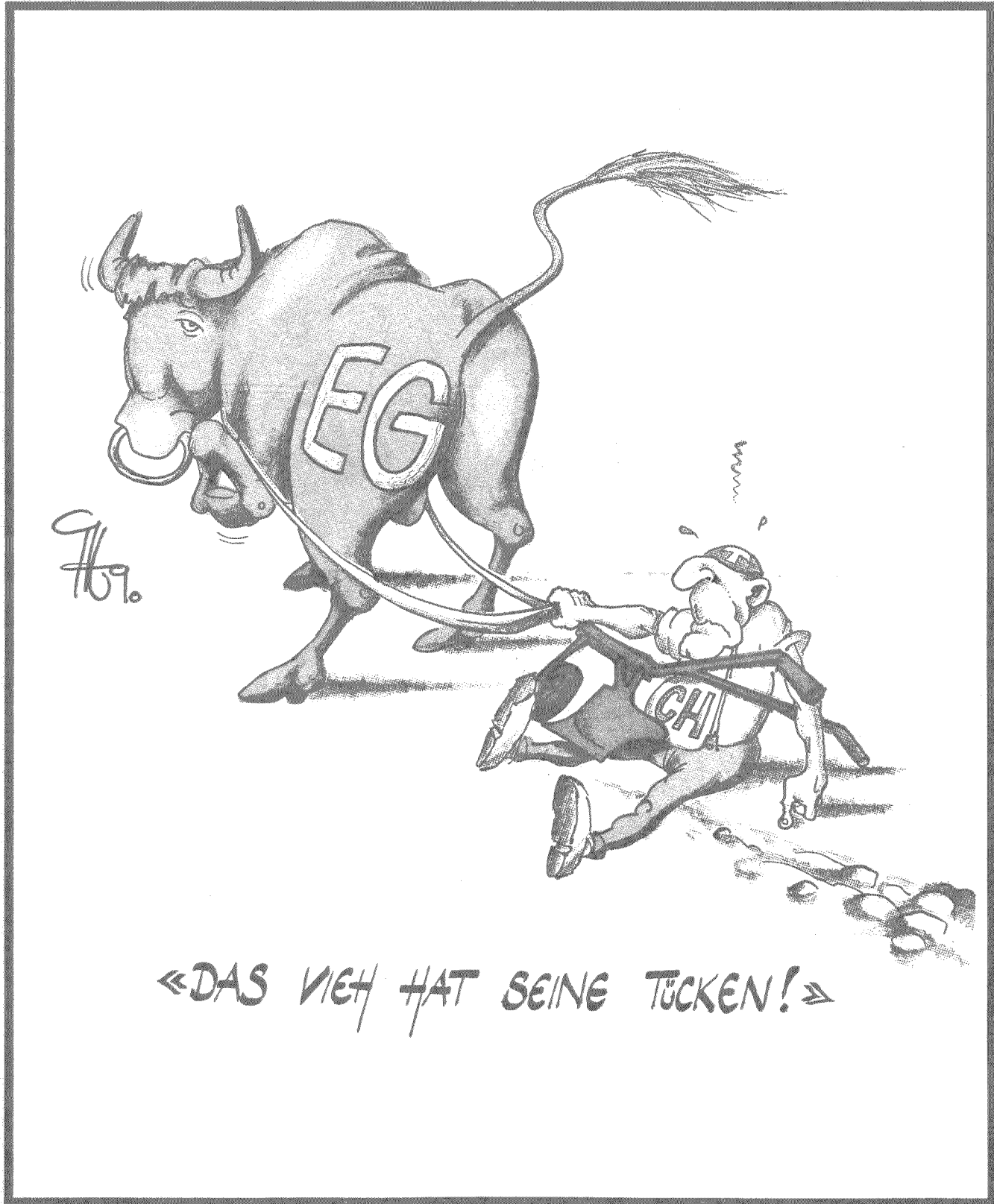
In einer Diskussion um den Zusammenbruch des sozialistischen Systems analysierte FDP-Chef Franz Steinegger glasklar: «Das ist ja das Besondere in der heutigen Situation des nicht mehr existierenden realen Sozialismus, dass die meisten Anhänger bei uns im Westen sind.»

Was nicht in der Presse stand, was Madame Thatcher anlässlich ihres Besuches aber im Berner Von-Wattenwyl-Haus zu den Schweizern gesagt hat: «Kommt doch in die EG. Dann sind wir wenigstens zwei intelligente Mitglieder.»

Im Zusammenhang mit dem Jubeljahr 1991 stellte alt Nationalrat Pier-Felice Barchi aus Lugano zuerst fest, dass offensichtlich nur noch der Kanton Tessin Freude habe an den Feiern, um dann enthusiastisch zu bekennen: «Wir Tessiner sind stolz, Eidgenossen zu sein, weil wir stolz sind, Eidgenossen zu sein.»

Heiteres Gespött über die Parteigrenzen hinweg ist, wer wollte es beklagen, ein beliebtes Spiel auf allen politischen Ebenen. Meinte doch CVP-Generalsekretär Iwan Rickenbacher zum SVP-Pressechef Jens Lundsgaard-Hansen, als es um den Frauenanteil in den Parteien ging und der SVP-Mann seine Nationalrätin Elisabeth Zölch ins Feld führte: «Elisabeth Zölch erfüllt doch für die SVP eine ähnliche Funktion wie Benazir Bhutto in Pakistan: eine intelligente, schöne Frau und sonst lauter Harems.»

«Wir können nicht eine Insel der Seligen werden», meinte Bundesrat Adolf Ogi in der Auseinandersetzung um die Subventionierung der Flughäfen Basel und Genf. «Ich sehe, meine Zeit neigt sich dem Ende zu», meinte der alternde Basler LdU-Politiker Hansjürg Weder in derselben Diskussion, ohne allerdings damit seinen Rücktritt anzukündigen...



Bildungspolitik mit Zukunft

Unter dem Motto «Lernen lernen!» haben sich gegen 200 bildungspolitisch interessierte Parteimitglieder an der Herbsttagung der kantonalzürcherischen FDP mit den Horizonten einer Schule der Zukunft auseinandergesetzt.

Christian Bretscher

Parteipräsident Oscar Fritsch brachte die Bedeutung der Bildung für den Liberalen und damit für die FDP klar auf den Punkt: im Gegensatz zum gescheiterten Sozialismus verlangt der Liberalismus vom Einzelnen, dass er seine Zukunft, sein Leben selbst in die Hand nimmt. Er belohnt denjenigen, der seine Chancen nutzt, der anpackt und Leistung zeigt. Folgerichtig bindet der liberale Staat seine Bürger nicht in ein feinmaschiges Netz von Vorschriften und Regeln ein, sondern lässt ihm einen möglichst weiten Bereich persönlicher Freiheit.

Wenn sich die FDP etwas vom Staat wünsche, folgerte Fritsch, so sei es deshalb ein starkes Bildungswesen, das den Einzelnen auf ein Leben in Selbstverantwortung vorbereite, dem aber auch der Begriff Leistung nicht fremd sein dürfe.

In seinem Einführungsreferat betonte Erich A. Kägi, alt NZZ-Redaktor, die aktuelle und zukünftige Bedeutung der ursprünglichen Grundlagen der Bildung. Die Ziele der unter liberaler Führung geschaffenen Volksschule seien dieselben geblieben, nämlich jedem Kind eine solide Grundausbildung zu vermitteln und ein möglichst hohes Bildungsniveau anzustreben. Ein Irrglaube wäre es jedoch anzunehmen, die Wissensexplosion durch Forschung und Technik könne durch ein «lebenslanges institutionell verabreichtes Lernen» bewältigt werden. Vielmehr gehe es darum, dem Schüler das Lernen zu lehren, ihm die Fähigkeit und die Bereitschaft zum Weiterlernen ausserhalb der Schule zu vermitteln.

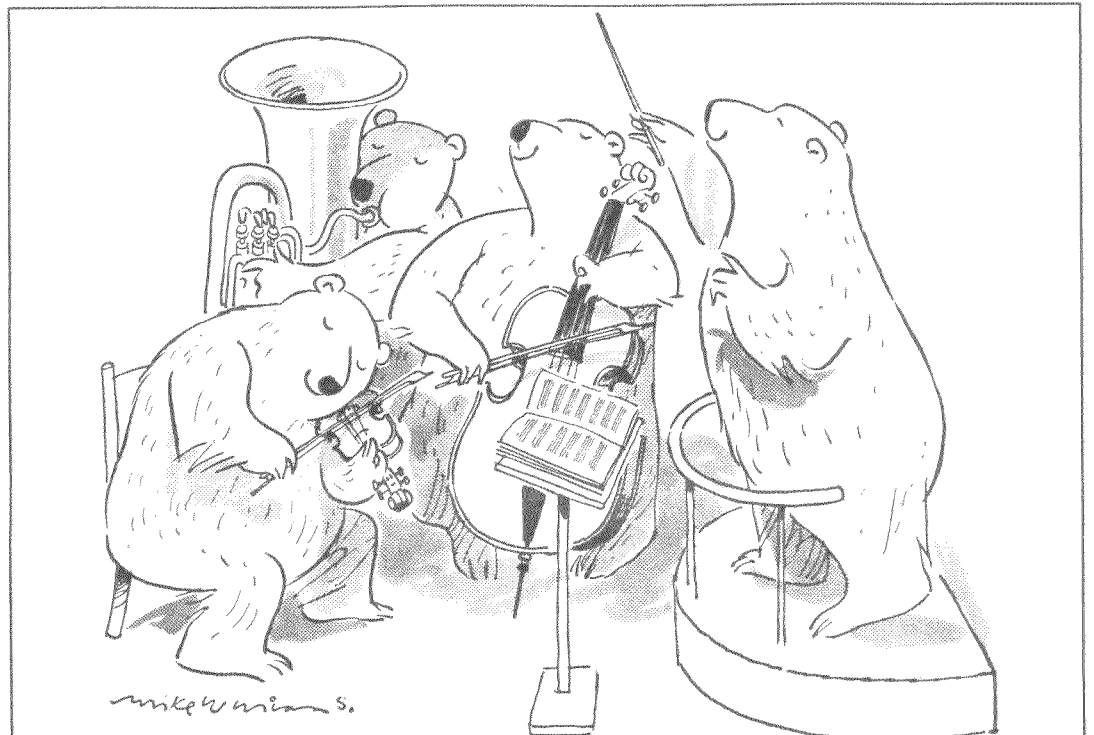
Die Forderung nach Chancengleichheit, so führte Kägi weiter aus, habe sich im Laufe der Zeit gewandelt von der Forderung «Jedem das Gleiche» zum Postulat «Jedem das Seine». Genauso wie für Schü-

ler mit entsprechenden Bedürfnissen Stützunterricht angeboten werde, seien Modelle zur gezielten Förderung ausgeprägter Begabungen zu entwickeln. – Ein Hauptteil der Tagung war der Diskussion von

Grundsatzfragen und konkreten Problemen in Arbeitsgruppen gewidmet. Als Hauptanliegen freisinnig-demokratischer Bildungspolitik erwies sich dabei klar die Erhaltung (oder Wiedererlangung) eines hohen

Bildungsniveaus auf allen Stufen.

Fraktionspräsident Ernst Homberger betonte in seinem zusammenfassenden Schlusswort, dass sich die Schweiz angesichts eines weltweiten Zusammenrückens und einer Verschärfung der internationalen Konkurrenz anstrengen müsse, um ihren Vorteil des traditionell hohen Bildungsniveaus erhalten zu können. Dazu müsse unser Bildungssystem auch in Zukunft jedem Einzelnen echte Leistung abverlangen. □



Wer nicht tanzen kann, schimpft auf das Orchester.

Es wird immer Kapitalanleger geben, die weniger erfolgreich sind als andere. Und vielleicht liegt es tatsächlich daran, dass sie nicht die richtigen Berater haben. Anlageberatung ist – genau wie Musik – Harmonie im Team. Wer sich der Bank Julius Bär – hinter der 100 Jahre Erfahrung stehen – anvertraut, wird von einem Beraterteam betreut, das erfolgreich für private und institutionelle Anleger arbeitet. Bei Julius Bär verbinden sich die persönlichen Beraterfähigkeiten mit modernsten technischen Informationsquellen, um Ihr Vermögen zu wahren und zu mehren.

Bank Julius Bär: Erfolgreiche internationale Kapitalanlage erfordert eine gute Abstimmung aller Anlageinstrumente.

JB^{co}B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

1890

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11
Genf · Frankfurt · München · Mailand · London · New York · San Francisco
Los Angeles · Mexiko City · Hongkong · Tokio